

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Streichung der Mittel für "Mobiles Hessen 2030 und Elektromobilität"**

Einzelplan 07 **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 15 Allgemeine Bewilligungen Verkehr
Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer 73
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Mobiles Hessen 2030 und Elektromobilität

Veränderung

von um auf

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	7.491,5	-7.491,5	0,0
Eigene Erlöse	0,0	0,0	0,0
Produktabgeltung	7.491,5	-7.491,5	0,0

Verpflichtungsermächtigungen:

Beträge in EUR

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2022	2.500.000	-2.500.000	0
Verpflichtungsermächtigungen 2023	1.300.000	-1.300.000	0
Verpflichtungsermächtigungen 2024	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen 2025	0	0	0
Gesamtverpflichtung	3.800.000	-3.800.000	0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Zukünftige individuelle Mobilität und der Elektroantrieb müssen getrennt gedacht werden. Die ökologische Bilanz von batteriebetriebenen Fahrzeugen ist schlechter als die Ökobilanz moderner Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, weil der Großteil der Batterien in China unter Verwendung von Kohlestrom hergestellt wird. Technologieoffene Mobilitätspolitik muss Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe mitberücksichtigen, auch weil die großen Automobilmärkte China und Japan die batteriebetriebene Elektromobilität nicht länger staatlich fördern. Staatliche Förderung muss den Wettbewerb der am meisten geeigneten Technologiekonzepte zulassen und darf nicht durch politische und ideologische Einflussnahme zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Deshalb wird die Streichung dieses Förderprodukts beantragt.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou